

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

8. Mai 2017
1 von 1

Konzept zur Ausweitung der Videoüberwachung

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.430 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung ein verbindliches Konzept zur Ausweitung der Videoüberwachung in Kassel vorzulegen. Dieses Konzept soll u.a. folgende Punkte enthalten:

1. Organisation und Ablauf des Betriebes
2. Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Polizei und den städtischen Ordnungsbehörden
3. Zahl der geplanten Anlagen
4. Standort der geplanten Anlagen
5. Kostenplan
6. Verbindlicher Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, AfD

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten,
Stadtverordneter Burmeister, Stadtverordneter Ernst,
Stadtverordnete Dr. Janusch, Stadtverordneter Nölke

Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Konzept zur Ausweitung der Videoüberwachung, 101.18.430, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin